

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist der bisher brutalste Bruch mit Grundprinzipien der internationalen Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam errichtet wurde. Während sich die Machtbalance auf internationaler Ebene neu sortiert, gerät die regelbasierte Ordnung immer häufiger unter Druck: Immer mehr Staaten versuchen, das Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts zu stellen. Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur – eine Zeitenwende - für die Sicherheits- und Friedensordnung in Europa. Der Krieg und der Umgang damit sind aber auch eine Bewährungsprobe für die internationale Gemeinschaft und das Funktionieren einer regelbasierten internationalen Ordnung im Allgemeinen.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine hat Russland die Friedensordnung in Europa und vermeintliche Gewissheiten unserer bisherigen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik erschüttert. Die Bundesregierung hat unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz entschieden auf diesen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert und damit eine Zeitenwende in der deutschen Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik eingeläutet. Deutschland ist heute einer der führenden Unterstützer der Ukraine – militärisch, politisch, wirtschaftlich, finanziell und zivil – und wird auch in Zukunft eng an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen, insbesondere beim Weg der Ukraine zur Mitgliedschaft in die EU. Auch die Europäische Union beweist große Einigkeit und hat umfassende Sanktionspakete gegen Russland sowie umfangreiche humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine auf den Weg gebracht und nicht zuletzt dem Land den Status als Beitrittskandidat zur EU verliehen.

Mit einem erfolgreichen Dreiklang aus Diplomatie und Kooperation, dem klaren Bekenntnis zu Menschenrechten und internationalem Recht sowie dem Aufbau der eigenen militärischen Stärke haben Willy Brandt und später auch Helmut Schmidt die deutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges geprägt. Insbesondere Willy Brandt verstand es, enge Partnerschaften auch mit Ländern des Globalen Südens zu pflegen und sie bei der Gestaltung der internationalen Ordnung miteinzubinden. Diese strategische Weitsicht in angespannten Zeiten war wegweisend für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung mit den Verhandlungen zur KSZE-Schlussakte (1975), Abrüstungsabkommen wie dem INF-Vertrag (1987) mit der damaligen Sowjetunion und der Charta von Paris (1990). Damit haben sie eine wichtige Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung und die Osterweiterung der Europäischen Union geschaffen. Diese Friedensordnung hat Europa für viele Jahrzehnte geprägt. Leider wurde sie von Russland mit dem Überfall auf die Ukraine am 22. Februar 2022 mutwillig zerstört.

Solange Russland sein imperialistisches Ziel der Eroberung und Unterdrückung souveräner Staaten verfolgt, kann es keine Normalisierung des Verhältnisses zu Russland geben. Eine gemeinsame Sicherheitsordnung wird erst dann funktionieren, wenn Russland Grundprinzipien der regelbasierten Ordnung sowie das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Integrität aller ehemaligen Staaten der Sowjetunion uneingeschränkt anerkennt. Klar ist: Solange sich in Russland nichts fundamental ändert, wird die Sicherheit Europas vor Russland organisiert werden müssen.

Dies gilt auch Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland. Selbstverständlich ist eine Beendigung dieses Krieges am Verhandlungstisch das Ziel aller diplomatischer Bemühungen. Doch bislang ist auf russischer Seite keinerlei Bereitschaft zu erkennen, von seinen imperialistischen Zielen in Bezug auf die Ukraine abzurücken – im Gegenteil: Moskau hat erst vor wenigen Tagen erneut erklärt, dass es an seinen politischen und militärischen Zielen festhält: Beseitigung der demokratisch legitimierten ukrainischen Regierung und das Festhalten an der illegalen Integration annektierter Gebiete in das

Staatsgebiet der Russischen Föderation. Untermuert wird dies durch verstärkte Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur in den zurückliegenden Wochen. Es ist davon auszugehen, dass diese Angriffe im bevorstehenden Winter an Intensität noch zunehmen werden.

Wer der Ukraine unter diesen Voraussetzungen zur Aufnahme von „Friedensverhandlungen“ mit Russland auffordert, fordert sie in damit zur Kapitulation und damit zur Zerstörung der Existenz eines ukrainischen Staates in seiner bisherigen Form auf. Es liegt an Russland, sich von seinen imperialistischen Zielen zu verabschieden und damit den Weg für Friedensverhandlungen freizumachen, an dessen Ende die gesicherte Existenz einer unabhängigen Ukraine stehen muss. Sollte sich eine realistische Möglichkeit für Friedensverhandlungen aufzeigen, werden wir einen solchen Verhandlungsprozess selbstverständlich konstruktiv befördern.